

Sitzungsvorlage

Gremium: Sozialausschuss
Am: 03.12.2014

Betreff:

Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2015

Anlage(n):

Mitzeichnung
Anlage: Anträge der Fraktionen

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt über die einzelnen Anträge (Nummer 1 bis 15) ab. Gleichzeitig wird über die Bereitstellung entsprechender Mittelansätze im Haushaltsplan 2015 entschieden.

Beratungsfolge:

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungsdatum	Beschluss
Sozialausschuss	Vorberatung	öffentlich	03.12.2014	
Verwaltungs- und Finanzausschuss	Weiterberatung	öffentlich	04.12.2014	
Ausschuss für Umwelt und Technik	Weiterberatung	öffentlich	09.12.2014	
Gemeinderat	Beschlussfassung	öffentlich	11.12.2014	

Haushaltsrechtliche Deckung

Finanzielle Auswirkungen:

HHJ	Produkt	Bezeichnung
2015	36.50.01	Kindertagesstätten
2015	36.50.01	Kindertagesstätten
2015	I 11242006	Ganztag Silcherschule
	I 11245000	Hannes-Reiber-Halle
2015	I 11242006 und I 11242010	Ganztag Silcherschule und PMH
2015	11.26.01	Zentraler Einkauf

2015	11.24.02.00.26	Friedhof
2015	36.20.04	Jugendhaus
2015	31.80.02	Kornwestheim-Card
2015	55.40.00	Naturschutz
2015	11.24.02	Gebäude

Sachkonto	Bezeichnung	Erläuterung	Plan	Betrag
3321000	Benutzungsgebühren	vgl. Rd.Nr. 1	Überpl.	ca. 110.000
4318000	Zuschüsse an Kirchen	vgl. Rd.Nr. 1	Überpl.	43.000,00
7871000	Hochbaumaßnahme	vgl. Rd.Nr. 2	-	100.000,00
7871000	Hochbaumaßnahme	vgl. Rd.Nr. 7	-	3.500.000,00
7871000	Hochbaumaßnahmen	vgl. Rd.Nr. 8	-	150.000,00
4429000	Mitgliedsbeitrag	vgl. Rd.Nr. 10	Überpl.	500,00
4211000	Gebäudeunterhaltung	vgl. Rd.Nr. 11	-	100.800,00
4271000	Besonderer VW- und Betriebsaufw.	vgl. Rd.Nr. 12	Überpl.	2.000,00
4318000	Zuschüsse	vgl. Rd.Nr. 13	-	80.000,00
4291000	Aufwendungen für sonst. DL	vgl. Rd.Nr. 5 und 14	-	28.000,00
4211000	Gebäudeunterhaltung	vgl. Rd.Nr. 16	-	147.000,00

Deckungsvorschlag:

Entfällt

Sachdarstellung und Begründung:

Anträge der einzelnen Fraktionen sind im Rahmen der Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfs 2015 eingegangen:

CDU-Gemeinderatsfraktion:

- 1. Anhebung der Kindergartengebühren auf die Landesrichtsätze und die Mehreinnahmen in die Qualität der Kindergärten und die Betreuung investieren (vgl. Seite 1 der Anlage):**

(SozA 03.12.2014, VFA 04.12.2014)

Die Verwaltung stimmt dem Antrag der Fraktion zu v.a. weil die Stadt Kornwestheim sich derzeit noch auf dem Stand der Landesrichtsätze 2010/2011 bewegt. Die Anhebung der Gebühren würde im Bereich der 3-6 Jährigen 70.000 EUR bis 140.000 EUR und im Bereich der Krippengruppen rund 9.500 EUR an Mehreinnahmen generieren. Dagegen zurechnen sind die Zahlungsforderungen an die Kirchen in Höhe von rund 43.000 EUR nur für das Jahr 2013. Bei Anhebung an den Landesrichtsatz würden diese „Ausgleichszahlungen“ in Zukunft wegfallen. Ausführliche Darstellung vgl. Anlage 2.

Vorschlag: Zustimmung.

- 2. Erarbeitung von Planungsvarianten für den Neubau der Mensa an der Silcherschule und Vorstellung samt der Kosten im Gemeinderat. Eine entsprechende Planungsrate ist im Haushalt eingestellt (vgl. Seite 1 der Anlage):**

(VFA 04.12.2014, AUT 09.12.2014)

Der Fachbereich 6 hat für die Erweiterung der Silcherschule mit Neubau einer Mensa einen Planungsrate in Höhe von 100.000 EUR für das Haushaltsjahr 2015 angemeldet und wird, vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel, die entsprechenden Planungsschritte einleiten und das Ergebnis im Gemeinderat vorstellen. Eine weitergehende Finanzplanung (Planungs-/ Baurate) kann erst exakt vorgelegt werden, wenn die Ergebnisse der 1 Planungsphase vorliegen.

Vorschlag: Zustimmung.

SPD-Gemeinderatsfraktion:

- 3. Kornwestheim 300: Im erweiterten Innenstadtbereich wird dafür gesorgt, dass innerhalb von 300m stets eine Sitzgelegenheit angeboten wird (vgl. Seite 6 der Anlage):**

(VFA 04.12.2014, AUT 09.12.2014)

Zu Beginn muss eine Bestandsaufnahme erfolgen, um daraus ein Konzept entwickeln zu können bzw. um feststellen zu können, ob eine weitergehende Notwendigkeit besteht. Eine weitere Möglichkeit könnte sich durchaus auch aus den gewonnenen Erkenntnissen des Mobilitätskonzeptes ergeben. Daher sollte unbedingt dies noch weitergehend abgewartet werden. Die Angelegenheit ist im Übrigen grundsätzlich und sehr dringend unter dem Gesichtspunkt der Personalressourcen zu sehen.

Vorschlag: Keine Umsetzung in 2015, Rückstellung des Antrags wegen Priorität Ganztageschule .

4. Pfade durch die Stadt (vgl. Seite 7 der Anlage):

(VFA 04.12.2014, AUT 09.12.2014)

Im Haushaltsausschuss am 22.11.2014 wird das als „Maßnahme für eine familiengerechte Kommune“ geplante Projekt zur Erarbeitung von Rundgängen durch die Stadt vorgestellt (siehe Vorlage 295/2014). Im Zuge der Haushaltskonsolidierung wurde das Projekt durch die Verwaltung vorerst zurückgestellt.

Es ist vorgesehen, mehrere Rundgänge in einem einheitlichen bzw. abgestimmten Erscheinungsbild zu erarbeiten.

Je nach Teilprojekt werden in Abhängigkeit von Rechercheaufwand, der Anzahl der Schilder und der Beschaffenheit des jeweiligen Untergrundmaterials der Gebäude etc. unterschiedliche Kosten anfallen.

Vorschlag: Planung und Umsetzung ab 2016.

5. Freiwillige Naturschutzmaßnahmen

(VFA 04.12.2014, AUT 09.12.2014)

Vergleiche hierzu den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Zählgemeinschaft Linke bei Randnummer 14.

FW/FDP-Gemeinderatsfraktion:

6. Erneute Beratung über die Gestaltung des Platzes am Holzgrundareal

(vgl. Seite 8 der Anlage):

(AUT 09.12.2014)

Die Verwaltung nimmt den Antrag auf und erstellt eine entsprechende Sitzungsvorlage für Januar 2015.

Vorschlag: Zustimmung zur erneuten Beratung.

7. Kostendeckel für das Bauvorhaben Hannes-Reiber-Halle

(vgl. Seite 9 der Anlage):

(VFA 04.12.2014, AUT 09.12.2014)

Im Haushaltsplan und in der Finanzplanung sind insgesamt 5.700.000 EUR für den Neubau der Hannes-Reiber-Halle veranschlagt. Dieser Betrag ist auch zugleich unser Kostenrahmen / unsere Kostenobergrenze (Kostendeckel) in der die Baumaßnahme durchgeführt und abgerechnet werden soll. Im Zusammenhang mit der Kostenfortschreibung setzt dies selbstverständlich auch voraus, dass bei entsprechenden Kostenabweichungen nach oben, gegenüber der Kalkulation, entsprechende Kompensationen in den anderen und nachfolgenden Gewerken eingeleitet werden. Kompensationen sind allerdings aufgrund der knappen Kalkulation nur bis zu einem gewissen Grad möglich.

Vorschlag: Zustimmung.

8. Gegenüberstellung der Investitions- und Folgekosten bei der Silcher- und Philipp-Matthäus-Hahn Grund- und Gemeinschaftsschule für die Varianten

- Ausbau beider Schulen zur Ganztageschule

- Ausbau nur der PMH-Grund- und Gemeinschaftsschule und Belassen der Silcherschule als Halbtageschule

(vgl. Seite 10 der Anlage):

(VFA 04.12.2014, AUT 09.12.2014)

Der Fachbereich 6 hat für den Ausbau zur Ganztageschule für die Silcherschule einen Planungsrate in Höhe von 100.000 EUR und für die PMH-Gemeinschaftsschule eine Planungsrate von 50.000 EUR für das Haushaltsjahr 2015 angemeldet.

Vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel können auch im Zuge dieser Planungsüberlegungen verschiedene Varianten gegenübergestellt werden.

Vorschlag: Zustimmung.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Zählgemeinschaft Linke:

9. Die Verwaltung wird beauftragt, die Mitgliedschaft bei der Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Verwaltungen eG zu beantragen (vgl. Seite 11 der Anlage).

(VFA 04.12.2014)

Die Verwaltung empfiehlt, der Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Verwaltungen eG im Deutschen Städtetag (EKV eG), 50670 Köln, <http://www.ekveg.de>, beizutreten. Einmalige Kosten in Höhe von 500 EUR.

Die Kernaufgabe der EKV ist die Organisation gemeinschaftlichen, rechtskonformen Einkaufs eines breiten Spektrums an Materialien und Dienstleistungen für den Bedarf der Städte und Kommunen. Die Mitglieder können Einsparpotentiale nutzen durch die verhandelten einheitlichen Preise, gemeinsame Ausschreibungen und die Schaffung von Kernsortimenten. Die EKV ist im Besitz ihrer Mitglieder und ausdrücklich nicht gewerblich ausgerichtet.

Nach eigenem Bekunden möchte die EKV "bestehende regionale Lieferantenstrukturen im Rahmen der gegebenen rechtlichen Möglichkeiten erhalten und gleichzeitig erhebliche Einsparpotenziale für die Mitgliedshäuser realisieren".

Mitglieder der EKV in Baden-Württemberg sind u.a. Bietigheim-Bissingen, Ludwigsburg, Heilbronn, Freiburg oder Stuttgart.

Bisher wird bei der Stadt Kornwestheim über die Interkommunale Zusammenarbeit nur die EDV-Ausstattung (PC's) ausgeschrieben. Früher gab es eine Büromaterialausschreibung über die Region Stuttgart.

Vorschlag: Zustimmung.

10. Friedhofsmauer

a. Die Aufnahme einer Planungsrate von 5.000 EUR für den Austausch/die Sanierung der Friedhofsmauer entlang der Aldinger Straße in den Haushalt 2015.

b. Die Umsetzung des mit dem GR abgestimmten Konzepts im Jahr 2015 für den Fall, dass im Jahr 2015 die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen 2.000.000 EUR übersteigen.

(vgl. Seite 12 der Anlage)

(VFA 04.12.2014, AUT 09.12.2014)

Der Antrag wird zurück gestellt.

Vorschlag: Ablehnung aufgrund der Haushaltssituation.

11. Der Planungsgruppe „Jugendcafé“ ein Budget von 5.000 EUR zur Verfügung zu stellen (vgl. Seite 13 der Anlage).

(SozA 03.12.2014, VFA 04.12.2014)

Das Jugendreferat wurde in der Vergangenheit häufig konfrontiert mit dem Wunsch der Jugendlichen nach einem zentralen Jugendcafé in der Stadt (Jugendkonzeption 2009, Jugendversammlung 2011, Jugendversammlung 2013, SMV THRS).

Grundsätzlich hält es die Verwaltung für notwendig, eine gute Entscheidungsbasis zu schaffen, auf welcher der Gemeinderat schließlich darüber berät, ob und in welcher Form ein zentrales Jugendcafé eingerichtet wird.

Die Verwaltung hält es für sinnvoll, relevante und erfahrene Personen in eine solche Planungsgruppe einzubeziehen. Über die Besetzung einer solchen Arbeitsgruppe sollte diskutiert werden.

Jedoch sieht die Verwaltung auch aufgrund der derzeitigen Haushaltslage keine Möglichkeit im Anschluss ein erarbeitetes Konzept umzusetzen, da dieses Umsetzungs- und Folgekosten nach sich ziehen würde. Um keine Frustrationen oder Enttäuschungen bei den Mitgliedern der Arbeitsgruppe und den Jugendlichen selbst zu erzeugen, wäre es daher sinnvoll, die Einrichtung einer Planungsgruppe zurückzustellen.

Vorschlag: Ablehnung.

12. Die Unterstützung von Geringverdienern im Rahmen der Vergünstigungen mittels der Kornwestheim-Card wird unter Pkt. 3 wie folgt geändert:

Statt:

3. Erstattung für Monatskarten, sofern diese nicht bereits ermäßigt sind, für den ÖPNV für die Tarifzonen 34, 20 und 10 um 50 %, maximal 4 Mehrfachkarten pro Jahr und pro Person

Jetzt:

3. Erstattung für Monatskarten, sofern diese nicht bereits ermäßigt sind, für den ÖPNV für 3 Tarifzonen um 50 %, maximal 4 Mehrfachkarten pro Jahr und pro Person

(vgl. Seite 14 der Anlage)

(SozA 03.12.2014, VFA 04.12.2014)

Im Jahr 2012 haben die 222 Familien insgesamt eine Förderung für 245 Monatsfahrkarten und 66 Mehrfahrkarten für die Tarifzone 34 in Anspruch genommen. Hätten die Nutzer, statt der Tarifzone 34, Fahrkarten für die drei Tarifzonen 34, 20 und 10 in Anspruch genommen, wären **Mehrkosten in Höhe von 5.338,75 Euro** entstanden.

Die Verwaltung lehnt den Antrag aufgrund der derzeitigen Entwicklung der Haushaltssituation ab.

Vorschlag: Ablehnung.

13. Bereitstellung von jährlichen Mitteln in Höhe von 20.000 EUR für die Aufgaben des Natur- und Artenschutzes, die sich nicht aus der Verpflichtung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ergeben (vgl. Seite 15 der Anlage).

(VFA 04.12.2014, AUT 09.12.2014)

Aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation lehnt die Verwaltung das Vorhaben ab v.a. weil es sich um den Freiwilligkeitsbereich handelt.

Vorschlag: Ablehnung.

14. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit den Stadtwerken Ludwigsburg-Kornwestheim und der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg das Konzept einer „Budget- und Rechtsberatung“ zur Vermeidung von Energieschulden für Bürgerinnen und Bürger zu erarbeiten, die nicht über genügend finanzielle Mittel zur Bezahlung ihrer Energiekosten verfügen (vgl. Seite 16 der Anlage).

(SozA 03.12.2014, VFA 04.12.2014)

Im Rahmen der Schuldnerberatung des Landkreises Ludwigsburg gibt es eine ehrenamtliche Beratung für Energieschulden. Hier können grundsätzlich auch Bürgerinnen und Bürger der Stadt Kornwestheim hingehen. Des Weiteren werden Beratungsstellen auch von der Diakonie und der Caritas angeboten. Allerdings gibt es auch hier bisher keine Außenstellen in Kornwestheim, sondern nur in Ludwigsburg.

Da das Thema grundsätzlich keine Aufgabe der Stadtverwaltung Kornwestheim ist, wird der Antrag abgelehnt.

Vorschlag: Ablehnung.

15. Gebäudeunterhaltung

- a. Für folgende im Jahr 2014 zurückgestellten Maßnahmen (Bezug zur Vorlage 173/2014) Mittel in Höhe von 161.000 Euro im Haushalt 2015 zur Verfügung zu stellen und umzusetzen:

Erneuerung von Sanitäreinrichtungen Philipp-Matthäus-Hahn Schule	12.000 Euro
Sanierung Sanitäreinrichtungen Realschule inkl. Warmwasseraufbereitung und Installation	180.000 Euro
Kindergarten Otterweg: von Akustikdecken einschließlich Erneuerung der Beleuchtung	35.000 Euro
Kindergarten Starenweg: Anstricharbeiten (außen und innen)	34.000 Euro

- b. Für folgende Maßnahmen Mittel in Höhe von 30.000 Euro im Haushalt 2015 zur Verfügung zu stellen und umzusetzen:

Kindergarten Bolzstraße: Umsetzung der Schallschutzmaßnahmen gemäß Gutachten	30.000 Euro
--	-------------

**(vgl. Seite 17 der Anlage).
(VFA 04.12.2014, AUT 09.12.2014)**

Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation und aus dem Grund, dass die zur Deckung vorgeschlagenen Mittel bereits für die Umschichtung i.Z.m. dem K verwendet werden (vgl. Vorlage 297/2014), lehnt die Verwaltung den Antrag ab.
Vorschlag: Ablehnung.